

## Brückendesaster Rahmede wird untersucht

Auf Initiative von SPD und FDP wurde nunmehr die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum Brückendesaster an der A45 bei Lüdenscheid beschlossen. Die Vollsperrung der Rahmede-Talbrücke ist für Lüdenscheid und die umliegende Region eine Katastrophe. Sie verursacht volkswirtschaftliche Schäden in Milliardenhöhe und ein dauerhaftes Verkehrschaos. Wir nehmen die bisherige Intransparenz und Verschleierungsversuche, die seitens der schwarz-grünen Landesregierung an den Tag gelegt wurden, sehr ernst. Viele Fragen sind weiter offen. Das ist ein unhaltbarer Zustand, der sich nicht wiederholen darf. Daher gab es keine andere Wahl, als diesen PUA einzusetzen.

» [Link zum Antrag](#)

## Klimakleber müssen für Polizeieinsätze zahlen

Radikale Klimaaktivisten haben mit ihren Klebeaktionen für Schlagzeilen gesorgt. Sie verursachen regelmäßig kostenintensive Polizeieinsätze, stören das friedliche Zusammenleben sowie den Alltag der Menschen. Für uns ist klar: Auch in NRW müssen sich Klimakleber an den Kosten für Polizeieinsätze beteiligen, so wie es in Hessen, Bayern und Sachsen-Anhalt der Fall ist. Die FDP-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass Störer in NRW die Kosten für die durch sie begangenen Straftaten und herbeigeführten Polizeieinsätze tragen müssen. Zudem sollen diese verursachten Kosten im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten unverzüglich und konsequent eingetrieben werden.

» [Link zum Antrag](#)



## Zwischensprint für mehr Personal in den Kitas Nordrhein-Westfalens

Laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung fehlen in den NRW-Kitas bis zu 24.000 Fachkräfte und mehr als 100.000 Betreuungsplätze. Fest steht: Das „Kita Sofortprogramm“ der NRW-Landesregierung ist nicht ausreichend. Es braucht dringend einen Zwischensprint, um die Fachkräftesituation in den Kitas zu verbessern und den Fachkräftemangel zu bekämpfen: Wir fordern die Landesregierung daher auf, das System frühkindlicher Bildung finanziell zu stabilisieren, indem die Dynamisierung der Kindpauschalen vorgezogen und eine Härtefallregelung entwickelt werden. Das vorhandene Personal muss durch gezielte Anreizprogramm noch besser im System gehalten werden, jeder Verlust wiegt doppelt schwer. Zudem muss neues Personal gewonnen werden. Die Anerkennung von ausländischen Fachkräften muss unbürokratischer und schneller werden. NRW soll Übersetzungen benötigter Dokumente sowie Beglaubigungen von ausländischen Fachabschlüssen finanziell tragen. Bürokratische Maßnahmen ohne pädagogischen Mehrwert sollen in den Kindertagesstätten ausgesetzt werden. Die finanziellen Mittel für die bestehende Platzausbaugarantie sollen mit Blick auf die bestehenden Preissteigerungen überprüft und entsprechend angepasst werden.

» [Link zum Antrag](#)

## Ländliche Strukturen in den Blick nehmen

Angesichts der Wohnungsnot in den Metropolen hat der Städte- und Gemeindebund die Landesregierung dazu aufgerufen, das Leben auf dem Land auch durch gezielte Fördermaßnahmen attraktiver zu gestalten. Für uns gilt es, Leerstände im ländlichen Raum zu erschließen. Wir wollen städtische und ländliche Regionen gleichwertig behandeln. Zur Stärkung des ländlichen Raumes gehört der massive Ausbau der digitalen Infrastruktur und des Verkehrswegeetzes. Zudem bedarf es einer Verbesserung der kulturellen und wirtschaftlichen Infrastruktur, um mehr Menschen für das Leben auf dem Land zu begeistern. Außerdem muss die hausärztliche Versorgung weiter ausgebaut werden, indem man den Landarztberuf durch Förderprogramme attraktiver macht. Diese Forderungen haben wir in einer Aktuelle Stunde deutlich gemacht.

» [Link zur Aktuelle Stunde](#)

## Förderungen fürs Ehrenamt erhalten

Ehrenamtliches Engagement trägt wesentlich zum sozialen Zusammenhalt in der Gemeinschaft bei. Gerade in ländlichen Gebieten ist soziales Miteinander von großer Bedeutung. Die FDP-Landtagsfraktion will dafür sorgen, dass das ehrenamtliche Engagement im ländlichen Raum verstärkt unterstützt wird. Daher wird die Landesregierung aufgefordert, den Sonderauftrag „Feuerwehnhäuser in Dörfern 2022“ zu verstetigen und in vollem Umfang fortzuführen. Zudem soll das Land die Sportstättenförderung wieder in das Programm für Strukturentwicklung im ländlichen Raum aufnehmen.

» [Link zum Antrag](#)

## Kurzarbeitergeld-Sonderregeln nicht verlängern

Aufgrund der Corona-Pandemie hat der Bund Sonderregelungen zum erleichterten Zugang zum Kurzarbeitergeld eingeführt. Zuletzt wurden sie bis zum 30. Juni 2023 verlängert. Die Dynamik des Arbeitsmarkts wird jedoch beeinträchtigt, wenn nicht mehr wettbewerbsfähige Strukturen über das Kurzarbeitergeld erhalten werden. Angesichts des Fachkräftemangels wäre es nicht sinnvoll, den Verbleib von qualifizierten Beschäftigten in gefährdeten Jobs zu subventionieren, während sie von anderen Betrieben dringend gesucht werden. Das Land soll sich daher beim Bund dafür einsetzen, die Rechtsgrundlagen für die Sonderregelungen nicht noch einmal zu verlängern.

» [Link zum Antrag](#)

## Schließungswelle bei Galeria Karstadt Kaufhof

Galeria Karstadt Kaufhof plant, deutschlandweit 47 von 129 Filialen zu schließen, davon 15 in NRW. Dadurch werden tausende Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verlieren. Wir fordern die Landesregierung auf, die örtlichen Arbeitsagenturen dabei zu unterstützen, frühzeitig mit den vom Arbeitsplatzverlust betroffenen Beschäftigten in Kontakt zu treten und diesen Qualifizierungs- und Vermittlungsangebote zu machen. Zudem soll zeitnah ein Innenstadt-Gipfel mit Expertinnen und Experten aus den Bereichen Stadtplanung, Quartiersmanagement und Einzelhandel einberufen werden, um Lösungen für die von der Schließung betroffenen Immobilien zu finden. Außerdem soll das Land dem Unternehmen Galeria Kaufhof Karstadt keine weiteren Zuschüsse oder Kredithilfen mehr gewähren.

» [Link zum Antrag](#)

## Schutz vor gewalttätigen Wiederholungstätern

Aus Sicht der FDP-Landtagsfraktion benötigt auch NRW ein Resozialisierungsgesetz, um zu verhindern, dass gewalttätige Gefangene rückfällig werden. In diesem Resozialisierungsgesetz muss ein Übergangsmanagement für Gefangene gesetzlich verankert werden, das den reibungslosen Übergang von der Justizvollzugsanstalt in die Freiheit sicherstellt. Für Untersuchungsgefangene ermöglicht ein Fallmanager, dass dem Beschuldigten während der Untersuchungshaft die Wohnung sowie der Arbeitsplatz erhalten bleiben. Darüber hinaus sind in diesem Gesetz spezielle Resozialisierungsmaßnahmen für straffällig gewordene, psychisch erkrankte Kriegsflüchtlinge festzuschreiben.

» [Link zum Antrag](#)